

Migrantenorganisationen als Akteure der Integration

1. Defizite in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung

Pluralismus, Partizipation und Öffentlichkeit sind anerkannte Leitvorstellungen unserer Gesellschaft. Dahinter steht die Idee der Entfaltung einer reichen, differenzierten und offenen Aktivitätslandschaft, in der sich jeder Einzelne nach seinem freien Willen betätigen, engagieren und weiterbilden kann. Jeder ist frei, sich mit anderen Menschen mit gleichen Zielen oder in gleicher Lage zu verbinden, um so die eigenen sozialen und kulturellen Bedürfnisse in der Gesellschaft zu vertreten und sich und die selbst gewählte Gruppe weiter zu entwickeln. Für die Integration und die ständige Adaption der Gesellschaft sind diese Bindungen und Mitgliedschaften in Gruppen mit unterschiedlichen Funktionen von großer Bedeutung. Derartige zivilgesellschaftliche Strukturen sind stärker als bürokratische Einrichtungen in der Lage, aktive Teilnahme und Orientierung zu ermöglichen und damit die Voraussetzungen für gesellschaftliche Integration zu schaffen.

Obwohl Ernst Fraenkel, der wichtigste deutsche Theoretiker des Pluralismus, seine Vorstellungen nach seinen Erfahrungen in den USA gerade auch im Hinblick auf die Legitimität von Unterschieden der Herkunft entwickelt hatte (Fraenkel 1973; Buchstein 1992), wurden die Leitvorstellungen des Pluralismus und der Partizipation in der öffentlichen Debatte in positiver Weise lange Zeit nur auf einheimische Gruppen bezogen. Dagegen wurden Eigenorganisationen von Einwanderergruppen vielfach mit dem offenen oder latenten Verdacht der „Desintegration“ belegt oder nur wahrgenommen, wenn sie als gefährlich galten. Einige wissenschaftliche Untersuchungen haben in problematischer Weise dieses Klima des Verdachts verstärkt, auch wenn aus den Daten der Untersuchungen derartige Gefahren nicht zu erkennen sind. „Man muss nur lesen können“, hat ein Rezensent in Bezug auf die erste derart dämonisierende Veröffentlichung Wilhelm Heitmeyers und seiner Mitarbeiter in diesem Zusammenhang geschrieben (Santel 1998; Heitmeier/ Müller/ Schröder 1997). In der Folge populari-

sierte die Gruppe um Heitmeyer den Begriff „Parallelgesellschaft“, der zwar nach allen vorliegenden Analysen (zusammenfassend Halm/Sauer 2006) die Sachlage nicht erfasste, aber in der Öffentlichkeit großen Anklang fand. Die „TAZ“ feierte Heitmeyer als den „Vater der Parallelgesellschaft“ (Gessler 2007). Nach der Corona-Krise sieht man die Debatten mit neuen Augen, Parallelgesellschaften sind an ganz anderer Stelle entstanden.

Wie Koopmans (2003, 2004) im Vergleich Deutschlands mit den Niederlanden und England in einer quantitativen Medien-Analyse herausgearbeitet hat, waren Zuwanderer-Organisationen im deutschen öffentlichen Diskurs lange Zeit vergleichsweise wenig sichtbar. Politische Auseinandersetzungen sind zwischen deutschen Repräsentanten und Institutionen *über* sie geführt und nicht von ihnen selbst ausgetragen worden. Dabei hatte sich an ihrer Stelle ein Kranz von Fürsprechern etabliert, die bei Konflikten regelmäßig in Erscheinung trat: die Kirchen und in der Zeit von Ignaz Bubis der Zentralrat der Juden, die Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften, die Ausländerbeauftragten auf den verschiedenen Ebenen und der „Rat für Migration“ – eine Vereinigung von Professoren. Diese Engagements sind verdienstvoll und sie haben sicherlich dazu beigetragen, xenophobe Zuspitzungen zu moderieren und die Einwanderungs- und Integrationspolitik positiv zu beeinflussen. Es blieb aber der Eindruck, dass Migrant*innen nicht für sich selbst sprechen konnten, sondern Fürsprecher brauchten. Mit der Einbeziehung von Migrant*innenverbänden in die „Integrationsgipfel“ bei der Bundeskanzlerin und in die „Deutsche Islamkonferenz“ beim Bundesinnenminister seit 2006 ist diese Ausgrenzung durchbrochen worden, was den türkischen Verbänden 2007 auch die Gelegenheit zu einem spektakulären Boykott bot, als sie den Eindruck gewannen, sie würden zwar zu einer Inszenierung eingeladen, bei den eigentlichen Entscheidungen über Einwanderung und Einbürgerung aber nicht einmal konsultiert (Thranhardt 2008).

Während die Zuwanderung in den ehemaligen Kolonialländern zum großen Teil aus den früheren Kolonien stammte, koloniale Eliten in die Mutterländer kamen, Ideen des antikolonialen Befreiungskampfes mitbrachten und rassistische Stereotypen überwinden mussten, beruhte die deutsche Anwerbepolitik auf vertragsmäßigen Beziehungen. Sie war in Distanz zur Ausbeutung der „Fremdarbeiter“ in der Kriegszeit von vornherein umfassend organisiert und schloss institutionalisierte Betreuung ein (vgl. Sparschuh 2021). Staat und Wohlfahrtsverbände einigten sich dazu auf eine Verteilung nach religiösen und nationalen Kriterien: Die Arbeitnehmer und ihre Familien aus den „katholischen Nationen“ Italien, Spanien, Portugal

und – schon vor der Unabhängigkeit – Kroatien wurden von der Caritas betreut, die Griechen von der Diakonie und die Türken, Marokkaner, Tunesier ebenso wie die übrigen Jugoslawen von der Arbeiterwohlfahrt (Puskeppeleit/ Thränhardt 1990). Die Rundfunksender richteten besondere „Gastarbeiter-Programme“ ein – all dies auch in Abwehr einer befürchteten Beeinflussung aus der DDR und zur sozialen Kontrolle großer Gruppen alleinstehender Männer.

In den Anfangsjahren hatte die Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer stark paternalistische Züge. Die Klienten wurden als hilfe- und erziehungsbedürftige Wesen gesehen und in Veröffentlichungen entsprechend beschrieben. Selbsthilfe-Aktivitäten waren nicht erwünscht und galten als gefährlich, auch im Zusammenhang mit den antiautoritären Ideen der studentischen 68er-Bewegung, die auf die revolutionäre Aktivierung von „Randgruppen“ setzte und dabei auch auf die „Gastarbeiter“ abstellte. Die Caritas sanktionierte noch 1974 Sozialberater, die in ihrer Freizeit partizipatorische Arbeit mit Migranten betrieben, mit Kündigungen (Puskeppeleit/ Thränhardt 1990: 119). Erst im Laufe der Zeit milderten sich diese Gegensätze und die Wohlfahrtsverbände passten ihre Praxis stärker an ihre eigene Selbsthilfe-Rhetorik an. Seit den 1990iger Jahren und besonders intensiv seit 2005 entstanden ganz neue politische Frontstellungen und Nöte, denn die Flüchtlinge waren in einer weit problematischeren Lage waren als die Anwerbe-Migranten und ihre Nachkommen.

Im Zusammenhang mit der Bezeichnung der „Ausländer“ als „Randgruppe“ (z. B Spiegel-Redaktion 1973), „Zeitbombe“, „sozialer Sprengstoff“, „Belastung“, „Problem“ oder „Türkenproblem“ wurden immer wieder Defizit-Bilder beschworen, in denen die Zuwanderer als gefährlich oder als hilfsbedürftig erschienen. In dem Begriff „Ausländer-Pädagogik“ wurde diese Idee kultureller Defizite sehr explizit formuliert, bevor sie zur interkulturellen Pädagogik umfirmiert wurde. Mit der Konzipierung verbindlicher Integrations- und Einbürgerungsprogramme für die Zuwanderer und auch für die schon lange im Land Lebenden werden diese Gedanken in anderer Terminologie wieder aufgegriffen: als „nachholende Integration“. Zwischen diesen Defizitansätzen und der sonstigen Hochschätzung der Mittelmeerkulturen besteht ein Spannungsverhältnis, insbesondere in Bezug auf die italienischen und spanischen Zuwanderer. Im öffentlichen Diskurs und auch in vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird diese Spannung aufgelöst, indem Defizite nicht mehr wie in den sechziger und siebziger Jahren EU-Europäern, sondern umstandslos (und entgegen den Fakten) nur noch den Einwanderern aus der Türkei und Nichteuropäern zugeschrieben werden. Ganz entsprechend

sind in vielen Migrations-Untersuchungen in den letzten Jahren nur noch türkische oder islamische Zuwanderer berücksichtigt worden, was die Aussagekraft derartiger Arbeiten stark einschränkt.

Sollen wissenschaftliche Analysen die Wirklichkeit erhellen, Orientierung bieten und insofern auch für die politische und soziale Praxis wertvoll sein, so kommt es darauf an, alle Informationsquellen auszuschöpfen und theoretisch sauber und differenziert zu argumentieren. Gerade in der Diskussion um die Vereine und Selbsthilfe-Gruppen von Einwanderern ist das nicht selbstverständlich. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird vielfach der Verdacht mangelnder Integration oder desintegrativer Heimatorientierung erhoben oder die Vereine werden andererseits romantisiert. Noch problematischer ist es, dass Zuwanderer-Vereine meist nicht als ein Element des bundesdeutschen Pluralismus betrachtet werden, sondern als Sonderphänomen separiert werden. Die aktuellen Vorstellungen einer staatlich organisierten Integration von Einwanderern stehen dann jedoch – so wertvoll sicherlich Sprach- und Orientierungskurse sind – in einem Spannungsverhältnis zu Pluralismus und Partizipation, insofern sie explizit oder implizit auf Anpassung angelegt sind und damit das Grundrecht auf Vertretung der eigenen Interessen beschränken. Aktualisiert wird dies durch die ständigen Kopftuch-Debatten, in der ein Randphänomen in den Mittelpunkt gerückt und symbolisch als Exklusionsmerkmal beschrieben wird.

2. Zuwanderer-Vereine: integrierend oder desintegrierend?

Lange Zeit ist die Bedeutung von Selbsthilfegruppen für die Integration von Zuwanderern in Deutschland zögerlich thematisiert worden. Nur wenige Publikationen nahmen eine Bestandsaufnahme bestehender Strukturen vor bzw. befassten sich mit den unterschiedlichen Formen von Selbsthilfe (Fijalkowski/ Gillmeister 1997; Institut für Politikwissenschaft/ Zentrum für Türkeistudien 1999). Ebenso liegen im deutschen Sprachraum nur wenige Publikationen zu Struktur und Funktion von ethnischen Gemeinschaften bzw. Netzwerken vor (Heckmann 1992; Thränhardt/ Hunger 2000; Weiss/ Thränhardt 2005), aus denen sich Erkenntnisse über Selbsthilfestrukturen ableiten lassen. Die Frage, inwieweit Selbstorganisationen bzw.

ethnische Gemeinschaften integrationsfördernd oder integrationshemmend seien, wurde in der Vergangenheit eher polarisierend erörtert (Elwert 1982; Esser 1986). Herkunftsbezogene Organisationen wurden dabei entweder insgesamt als wertvoll oder insgesamt als problematisch beschrieben – eine offensichtlich unsinnige und zu einfache Dichotomie. Erst in letzter Zeit hat eine differenziertere Diskussion begonnen, die dabei bestimmte Formen der Selbsthilfe mit bestimmten Funktionen in Beziehung setzt (vgl. z.B. zur Frage der zivilgesellschaftlichen Bedeutung von Selbsthilfeorganisationen Jungk 2005).

Im wissenschaftlichen Ansatz Hartmut Essers und seiner Mitarbeiter werden soziale Eigenaktivitäten von Zuwanderern als problematisch gekennzeichnet, in dem sie definitorisch als selbstausgrenzend oder ausgegrenzt betrachtet werden. Zu Grunde liegt dem eine Vorstellung von rational choice, in der mangelnder Zugang zum allgemeinen gesellschaftlichen System als Ursache für separierende Aktivitäten beschrieben wird. Die Untersuchung von Diehl/ Urbahn/ Esser (1998) stellt Migrantenorganisationen mit „Heimatlandorientierung“ solchen mit „Aufnahmeorientierung“ gegenüber und geht damit davon aus, dass das Interesse am Herkunftsland notwendigerweise die Integration in Deutschland behindern werde (ähnlich. Huth 2003). Diehl (2002, 14 f.) sieht in herkunftshomogenen Vereinigungen sogar ein potentielles Konfliktpotential: „Ethnisch homogene Vereinigungen stellen dennoch Netzwerke dar, innerhalb derer Unzufriedenheit etwa über den gesellschaftlichen oder ökonomischen Status der eigenen ethnischen Gruppe oder auch die politische Situation in den Herkunftsländern schneller kommuniziert und in kollektives Handeln umgesetzt werden können...Unpolitische Vereinigungen können somit eine Art „Mikromobilisierungskontexte“ darstellen, die zwar keinesfalls eine hinreichende, aber dennoch eine notwendige Bedingung für die Entstehung manifester Konflikte entlang ethnischer Linien darstellen können.“ In ihrer Untersuchung türkischer Selbstorganisationen definiert Diehl (2002, S. 3) Partizipation in einem „ethnisch homogenen Verein als die – kontingente – Wahl der ‚ethnischen Option‘ ... das heißt die Herausbildung und Institutionalisierung eines ethnischen Vereinssektors wird ebenso wie die Verfestigung intraethnischer Heiratsmuster oder die Herausbildung immigrantenspezifischer Bildungsmuster als das aggregierte Ergebnis individueller (zumindest partieller) Segregationsentscheidungen betrachtet.“. Die Partizipation in einer ethnischen Vereinigung wird damit also als bewusste Entscheidung *gegen* Integration betrachtet.

Obwohl es sicherlich richtig ist, dass in modernen Marktgesellschaften der allgemeine

und offene Zugang zu allen Positionen und Ressourcen Strukturprinzip ist und breite Chancen eröffnet, wird der zitierte Ansatz weder der realen Komplexität strukturierter Gesellschaften mit ihren Netzwerken und Schichtungen, wie sie etwa Bourdieu (1983) beschrieben hat, noch den besonderen Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft gerecht. Vor allem für die erste Einwanderergeneration ist es wichtig, Gelegenheiten zur Adaption zu schaffen.

Bestimmte soziale Bereiche und institutionelle Angebote, die formal allen offen stehen, können von Migranten kaum genutzt werden. „Viele von ihnen können die Angebote der Institutionen des Aufnahmelandes aufgrund ihrer Bildungsziele und anderer Faktoren, auch die Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement, nicht nutzen.“ (Hoppe 2003, S. 25). „Die restriktive Ausländergesetzgebung, die Sprachschwierigkeiten, der enorme bürokratische Apparat sowie die Übergriffe von Rechtsradikalen, so eine Migrantin, alles das zwingt, die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen, die ähnliche Situationen kennen.“ (Hoppe 2003, S. 27). Einwanderer-Netzwerke existieren nicht notwendigerweise in einer Enklave, sondern gehen Verbindungen mit der einheimischen Gesellschaft ein, können Brücken zwischen Herkunfts- und Aufnahmekultur bilden, sind von dieser einheimischen Umgebung beeinflusst und passen sich ihren Funktionsgesetzen an. Netzwerke werden auch zur politischen Eigenvertretung genutzt und können auch dazu dienen, integrationshemmende Faktoren innerhalb der Gesellschaft abzubauen. Als ein Beispiel seien hier die spanischen Elternvereine genannt, die sich sehr früh für die schulische Integration ihrer Kinder in den allgemeinen Unterricht einsetzten, in einer Zeit, als einige Bundesländer noch auf separate Beschulung setzten (Sánchez Otero 2008; Thränhardt 2005). „Oft sind die ethnischen Vereine erste Anlaufstelle für mittelständische Unternehmen des Herkunftslandes, die transnational operieren und in Deutschland investieren wollen.“ (Gaitanides 2003, S. 44). Selbstorganisation per se mit „Rückzug in die ethnische Enklave“ (Diehl 2002) zu identifizieren, impliziert ein Integrationskonzept, das an einer völligen Assimilation orientiert ist und letztlich dem Konzept einer pluralen Gesellschaft widerspricht.

Entsprechendes galt auch schon für die Zusammenschlüsse der Vertriebenen nach dem Krieg: „Ihr Verdienst war, die Vertriebenen aus Objekten des Geschehens zu Trägern ihres Schicksals zu machen. Durch ihr aktives Mitwirken an der Vertriebenengesetzgebung halten sie, die materiellen Voraussetzungen zur Integration der Vertriebenen zu schaffen.“ (Frantzi-och 1987, 159.). Es machte sich gerade durch seinen Erfolg mittelfristig überflüssig und ver-

lor mit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Integration der Vertriebenen und dem Alterungsprozess der „Erlebnisgeneration“ seine Bedeutung (Neumann 1968). Integration und intergenerational auch Assimilation wurde hier wie in vielen anderen Fällen gerade auch dadurch erreicht, dass auf der Basis gleicher politischer Rechte soziale und wirtschaftliche Gleichstellung durchgesetzt wurde.

Will man die Frage entscheiden, ob separate Organisation oder die Einbindung in allgemeine Organisation vorteilhafter für die Gesellschaft und die Einwanderer sind, so kommt es darauf an, in welcher Form mehr und spezifischeres soziales Kapital geschaffen und vermehrt wird. Dies wird in unterschiedlichen sozialen Bereichen unterschiedlich sein. So ist im rational organisierten Unternehmensbereich wahrscheinlich, dass gleichberechtigte Einbindung und Partizipation die besten Ergebnisse erbringen. Die Beiträge und die Erfolge der Migranten bei der gewerkschaftlichen Organisation und bei den Betriebsratsstrukturen sind dafür ein hervorragender Beleg (zur vergleichsweise positiven Bilanz Deutschlands in diesem Bereich Penninx/Roosblad 2001; Hinken 2018; Karakayalı, Serhat et al. 2017). Migranten werden hier weniger als Migranten und mehr als funktional integrierte Angehörige des Unternehmens identifiziert. In anderen Bereichen kann dies durchaus anders sein, wie im Folgenden am Beispiel von Elternvereinen exemplarisch dargestellt werden soll. Auch der internationale Vergleich macht klar, dass schematische Rezepte problematisch sind. Überlegene Einwanderungsgruppen werden danach trachten, ihr soziales Kapital zu wahren, weiter zu entwickeln und zu vernetzen. Unterlegene Gruppen können versuchen, es zu vermehren, entweder indem sie in den einheimischen Gruppen partizipieren, am einheimischen Kapital teilhaben und dazu beitragen, es weiter zu vermehren, oder indem sie eigenen Gruppen bilden, in denen ein Aufholprozess organisiert wird.

3. Exemplarische Belege für die Integrationsqualität herkunftshomogener Vereine

Wie unterkomplex und simplifizierend es ist, Selbsthilfe-Organisationen schematisch nach ihrer Orientierung auf Deutschland oder auf das Heimatland positiv oder negativ zu qualifizieren oder sie sogar generell als Integrationshemmnis zu betrachten, hat Handan Aksünger (2013) am Beispiel der Aleviten-Vereine demonstriert. Sie zeichnet die Re-Konstituierung

einer in der Türkei diskriminierten religiösen Gemeinschaft in Deutschland nach, deren Mitglieder sich in den siebziger und achtziger Jahren eher säkular-politisch definiert hatten und sich im Zuge der allgemeinen kulturalistischen Wende ihren Wurzeln zuwandten. Mit ihrer Organisation bewirkten sie einen Integrationsschub in Deutschland, der sich in Bildungs- und Berufserfolgen und in Einbürgerungszahlen verifizieren lässt. Auf der Grundlage einer derart gesicherten und gefestigten Position kam es dann in einer zweiten Phase zu humanitär-solidarischer Hinwendung zum Herkunftsland Türkei. Die Organisation bildete den Mantel für eine Milieubildung, in der sozialer Zusammenhang, soziale Orientierung und insbesondere Leistungsorientierung vermittelt und gemeinschaftliches Engagement freigesetzt wurden – ein Modellfall bürgerschaftlicher Orientierung, nach der in der Literatur über die Gefahren der Individualisierung und den Zerfall von Milieus so sehr gesucht wird. Den Mitgliedern und insbesondere den Jugendlichen wird in den alevitischen Gemeinschaften ein Werte- und Normensystem vermittelt, das sie zu erfolgreichen und verantwortlichen Mitgliedern der deutschen Gesellschaft macht, ohne dabei die Heimatverbundenheit aufzugeben. Da wir mit etwa 400.000 Aleviten türkischen Ursprungs in Deutschland rechnen können, darunter mehrheitlich eingebürgerte Deutsche, ist auch das Potential dieser Aktivierung groß.

In der deutschen Diskussion waren Aleviten als Gruppe lange Zeit wenig präsent und bekannt – gerade weil sie sich gut integrieren und unspektakulär bleiben. Dass diese produktive Neuformierung einer Gemeinschaft gerade in Deutschland geschieht und aus Deutschland wiederum auf die Türkei ausstrahlt, hängt mit der Religionsfreiheit und der Legitimität des Pluralismus in unserem Land zusammen – im Gegensatz zur heutigen Situation in der Türkei, wo die Religion trotz aller Auflockerungserscheinungen immer noch ein Mündel des Staates ist und trotz des offiziellen Laizismus an der Identität von Nation und sunnitischer Mehrheitsreligion festgehalten wird. Inzwischen gibt es alevitischen Religionsunterricht und entsprechende Staatsverträge

Ähnlich lässt sich die Erfolgsgeschichte der spanischen Elternvereine charakterisieren, allerdings mit einem längeren historischen Vorlauf. Seit 1968 bildeten sich Elternvereine, in denen sich ein großer Teil der spanischen Einwanderer organisierte, die Familien gegründet hatten und mit der unzureichenden Versorgung ihrer Kinder in Schule und Kindergarten konfrontiert waren. In enger Koordination mit allen relevanten Akteuren – spanische Priester, Sozialberater, Lehrer, Konsulate und Botschaften – formierte sich 1973 ein Bundesverband,

der auf Integration in das deutsche Schulsystem, die Förderung der Kinder im deutschen Halbtagsystem (Hausaufgabenhilfe) und Zusatzunterrichts in Spanisch zielte. Dieses Konzept wurde gegenüber den deutschen Stellen durchgesetzt. Insbesondere sprachen sich die Spanier gegen getrennte Klassen für ausländische Kinder aus, gegen Kultusministerien, die separate Klassen planten. Kontinuierliche Elternbildung und emanzipative Erziehung waren weitere entscheidende Punkte des Konzepts, in Abgrenzung von den Erfahrungen im spanischen Franco-Staat.

Die Erfolge der spanischen Elternvereine sind greifbar und deutlich (Thränhardt 2005). Hier ist systematisch soziales Kapital geschaffen worden. Die Spanier kamen mit dem geringsten Anteil an Facharbeitern, viele konnten nicht lesen und schreiben. Nach zwei Jahrzehnten erreichten sie die höchsten Bildungserfolge unter den Migrantengruppen und auch hohe Familieneinkommen. Frustrierend für sie war allerdings die deutsche Diskussion, in der oft in simplifizierender Weise Heimatorientierung gegen Integration ausgespielt wird. 2003 sprach dies der Vorsitzende der Elternvereine, Riesgo Alonso, an. Er sagte: „Die Confederacion musste immer wieder mit der Ignoranz der Umwelt kämpfen. Nicht nur, dass viele Politiker und öffentliche Akteure weiterhin die Bedeutung der Migrantenselbsthilfeorganisationen für das Gelingen der Migrations- und Integrationsprozesse verkennen. Auch die strategischen Grundentscheidungen der Confederacion stoßen immer wie auf den durch Vorurteile und Unkenntnis über Wesen und Prozesse der Migration verursachten Widerstand...Heute gibt es wieder Politiker, so zum Beispiel in der hessischen Landesregierung, die einen Gegensatz zwischen Erlernen der Muttersprache und Integration der Mitglieder zu konstruieren versuchen, obwohl das Beispiel der Spanier in Deutschland ... genau das Gegenteil lehrt.“ (Riesgo Alonso 2003, S. 57).

Während die Organisationsdichte bei den Spaniern auf 50 Prozent geschätzt wird, sind es bei den Italienern nur sechs Prozent. Seit den frühen Arbeiten Breitenbachs (1982) hat die Diskrepanz zwischen Spaniern und Italienern Fragen aufgeworfen. In der NRW-Studie haben wir darauf hingewiesen, dass noch 1999 die italienischen Vereine überwiegend keinen selbständigen Rechtsstatus hatten, während die Spanier diesen Status schon in den siebziger Jahren erreicht hatten (Institut für Politikwissenschaft 1999). Auch die Diskrepanz beim Bildungserfolg ist aufgewiesen worden (Thränhardt 1998, 2000). Mit dem exakten Nachvollzug der Organisationsentwicklung hat die Analyse einen gewissen Abschluss erreicht. Es wird

sichtbar, wie über Qualität und Quantität von Organisation soziales Kapital gebildet wird.

Es gibt eine breite Palette von Aktivitäten anderer Herkunftsgruppen, die in eine Gesamtdarstellung einbezogen werden könnten. Als Beispiel seien die erfolgreichen koreanischen Vereine genannt, die mit dem Erfolg dieser Gruppe in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verbunden sind (Yoo 1996). Eine Darstellung der Eigenaktivitäten der Iraner in Deutschland fehlt leider bisher, sie würde allem Anschein nach zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Auch die Aktivitäten der herkunftsheterogenen Vereine sind bisher wenig untersucht worden (vgl. dazu Institut für Politikwissenschaft 1999).

Wie stark Migrantenvereine mit ihrer Umgebung vernetzt sind, wird aus der Gesamtbefragung in Nordrhein-Westfalen deutlich (Institut für Politikwissenschaft 1999), der bisher einzigen in Deutschland. Die Vereine geben ganz überwiegend an, mit anderen Selbstorganisationen und auch mit Parteien und Landes- und Kommunalbehörden zusammenzuarbeiten oder Kontakt zu haben. Auch hieraus wird klar, dass sie nicht von vornherein als isolierend und abgrenzend charakterisiert werden können. Gleiches gilt für die Analyse der Aufgabefelder, denen sich die Vereine widmen.

Tabelle 1: Zusammenarbeit zwischen Selbstorganisationen und deutschen Stellen

Kontinent	Zusammenarbeit mit:				
	Selbstorganisation	Ausländer-Beirat	Parteien	Kommunen	Land
Afrika	64	27	18	24	12
Asien	58	42	8	21	4
Europa	71	51	14	49	13
L.-amerika	75	25	25	50	-
Heterogen	84	42	48	68	20
insgesamt	70	45	20	45	12

Quelle: Institut für Politikwissenschaft, 1999, 41

Tabelle 2: Zielgruppenorientierte Angebote

Zielgruppe	% von allen Organisationen	Zielgruppe	% von allen Organisationen
Mädchen/Frauen	49	Senioren	27
Jugendliche	46	Arbeitnehmer	18

Kinder	41	Arbeitslose	18
Ratsuchende	30	Sonstige	10
Jungen/Männer	29		

Quelle: Institut für Politikwissenschaft, 1999, 53

Wir finden eine Fülle an zielgruppenorientierten Aktivitäten auf breiter Basis. Es kann angenommen werden, dass Vereine in Bezug auf die Breite des Angebots und die Intensität der Orientierung im Alltag formalen Beratungsinstitutionen überlegen sind.

Auch wenn der jeweilige Erfolg der herkunftshomogenen Migrantenorganisationen bsi zum Beginn der Einbürgerungswelle anhand der Nationalitätenstatistik gut dokumentiert werden konnte (Thränhardt 2000), so ist doch die Arbeit auch der herkunftsheterogenen Organisationen nicht zu unterschätzen. Schon der Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung (2003) hat deutlich gemacht, wie breit und vielfältig diese Ansätze sind und wie aktivierend sie sich auf das städtische Leben auswirken können.

3. Perspektiven

Einwanderer werden in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern meist als Objekte einheimischer Bemühungen gesehen. In der Öffentlichkeit werden ihre Defizite hervorgehoben und es ergibt sich ein Betreuungs-, Kontroll- und Gefährlichkeitsdiskurs. Auch in den Medien sind Migranten extrem wenig als Akteure präsent, sondern deutsche Akteure diskutieren über sie. Der *assimilationist turn* (Brubaker 2001) hat diesen Effekt in den letzten Jahren verstärkt und zum Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Integrationsinstitutionen geführt. In Bezug auf islamische Gruppen besteht ein Klima des Verdachts.

Bei der Betrachtung der Erfolge und Misserfolge von Migrantengruppen ist das eigene Engagement sehr wichtig gewesen, es unterscheidet erfolgreiche von weniger erfolgreichen Gruppen. Engagement kann dabei sowohl in herkunftsspezifischen wie in integrativen Zusammenhängen betrieben werden. Es umfasst Aktivitäten im Beschäftigungsbereich ebenso wie im Bereich der Bildung, der Partizipation und der Selbstorganisation. Dabei zeigen sich Asymmetrien und Diskrepanzen, die mit Machtgefällen und Inklusionsmechanismen im Auf-

nahmeland, mit mitgebrachten Einstellungen und kulturellem Kapital mit Organisations- und Artikulationsprozessen im Einwanderungsprozess zu tun haben.

Wie die Bestandsaufnahme von Halm/Sauer (2005) anhand der Kriterien des Freiwilligen-Surveys zeigt, ähneln die Organisationsraten von Migranten in etwa denen der Einheimischen. Große Unterschiede bestehen allerdings bei der tatsächlichen Aktivität. Wie bei den Deutschen arbeiten Frauen eher im Innenbereich der Organisationen, Männer sind stark im Führungsbereich vertreten. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, Migranten-Engagement und allgemeine Strukturen noch stärker zu vernetzen, ob nun in pluralistischer Form der Zusammen- und Eigenarbeit von Migrantenorganisationen mit anderen Organisationen, den Parteien, Verbänden und Behörden oder in monistischer Form der Einzelmitgliedschaft, wie es bisher schon in den Gewerkschaften so erfolgreich der Fall ist. Wie Dirk Halm am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr ausgeführt hat, ist schon das weitere Bestehen und Funktionieren der existierenden Strukturen von der verstärkten Einbeziehung von Migranten abhängig.

Eine Voraussetzung für einen Pluralismus ohne Schief lagen sind volle Bürgerrechte der Migranten, also die Einbürgerung. Hier ist trotz aller Bekenntnisse zur Integration wenig geschehen, Hoffnung gibt allerdings der Koalitionsvertrag 2021. Eine weitere Voraussetzung ist ein leistungsfähiger Staat, insbesondere in Bezug auf die Bildungskompetenz der Schulen. Zugleich hat die Corona-Krise deutlich gemacht, wie wertvoll und systemrelevant Migranten als Akteure in der deutschen Gesellschaft sind – bei Biontech, beim Personal in den Krankenhäusern oder in den Transportunternehmen.

Literatur:

Amirpur, K. 2008: Zerrbilder des Islams. Eine Polemik, in: Thränhardt Hg. 2008, 238-251.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2003: Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Bonn.

Bertelsmann-Stiftung 2003. Auf Worte folgen Taten. Gesellschaftliche Initiativen zur Integration von Zuwanderern, Gütersloh.

- Bourdieu, P.* 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen.
- Breitenbach, B. von* 1982: Italiener und Spanier als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, München.
- Brubaker, R.* 2001: The Return of Assimilation? Changing Perspectives on Immigration and its Sequels in France, Germany, and the United States. In: Ethnic and Racial Studies, Vol. 24, 531-548.
- Buchstein, H.* 1992: Politikwissenschaft und Demokratie. Wissenschaftskonzeptionen und Demokratietheorie sozialdemokratischer Nachkriegspolitologen in Berlin. Baden-Baden.
- Diehl, C.* 2002: Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung? Opladen.
- Diehl, C./ Urbahn, J./ Esser, H.* 1998: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Elwert, G.* 1982: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34. S. 717-731.
- Esser, H.* 1986: Ethnische Kolonien: 'Binnenintegration' oder gesellschaftliche Isolation? In: J.H.P. Hoffmann-Zlotnik (Hg.): Segregation oder Isolation. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim. S. 106-117.
- Esser, H. 2007: Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten, Frankfurt.
- Fijalkowski, J./ Gillmeister, H.* 1997: Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Selbstorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins. Reihe Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa, 5, Berlin.
- Frantziou, M. 1987: Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration, Berlin.
- Fraenkel, E.* 1973: Reformismus und Pluralismus, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Gaitanides, S.* 2003: Freiwilliges Engagement und Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft und Migrantenselbstorganisationen – Anforderungen an die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. In: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Bonn, 36 – 52.
- Gessler, P.* 16.4.2007, [Der Vater der Parallelgesellschaft - taz.de](http://www.taz.de) (12.12.2021).

- Halm, D.* 2008: Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland. Wiesbaden.
- Halm, D. / Sauer, M.* 2006: Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: APUZ ½ 2006, 18-24.
- Halm, D. / Sauer, M.* 2005: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland, Essen: Stiftung Zentrum für Türkeistudien.
- Heckmann, F.* 1992: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Stuttgart.
- Heitmeyer, W./ Müller, J./ Schröder, H.* 1997: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt am Main.
- Hinken, G.* 2018: Integration durch Mitbestimmung. Das Beispiel der deutschen Automobilindustrie, Münster.
- Hoppe, J.R.* 2003: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Sozialräumen. In: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Bonn, S. 23 – 35.
- Huth, S.* 2003: Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten – Rechercheergebnisse. In: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Bonn, S. 14-22.
- Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster* 1999: Bestandsaufnahme der Potentiale und Strukturen von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten mit Ausnahme der Selbstorganisationen türkischer, bosnischer und maghrebinischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen. In: *Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.)* 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf, S. 11-74.
- Jungk, S.* 2005: Selbsthilfe-Förderung in Nordrhein-Westfalen, in: Weiss/ Thränhardt 2005, 135-155.
- Karakayali, S. et al.* 2017: Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall. Projektbericht Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Koopmans, R.* 2004: Migrant mobilization and political opportunities: variations among German cities and a comparison with the United Kingdom and the Netherlands, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 30, S. 449-470.

Koopmans, R. 2003: How national citizenship shapes transnationalism: a comparative analyses of migrant and minority claims-making in the Germany, Great Britain and the Netherlands, in: *Ch. Joppke/ E. Morawska (Hg.): Towards Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation States*, London, S. 195-238.

Penninx, R. / Roosblad, J. (Hg.) 2001: Trade Unions, Immigration, and Immigrants in Europe, 1960-1993: A Comparative Study of the Attitudes and Actions of Trade Unions in Seven West European Countries, New York 2001

Puskeppeleit, J./ Thränhardt, D. 1990: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Mitbürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg.

Riesgo Alonso, V. 2003: Bunde der spanischen Elternvereine in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2003: Migrantinnen sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten*, Bonn, S. 53 – 59.

Sánchez Otero, J. 2003: Der Beitrag von sozialer Netzwerkbildung bei Migranteneltern zur Integration: das Beispiel der spanischen Elternvereine, Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Solingen.

Santel, B. 1998: Töten für den Islam? In: FAZ, 13.7.1998.

Sökefeld, M. 2005: Integration und transnationale Orientierung: Alevitische Vereine in Deutschland, in: *Weiss/ Thränhardt 2005*, S. 47-68.

Sparschuh, O. 2021: Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1050-1975, Göttingen.

Spiegel-Redaktion (Hg.) 1973: Unterprivilegiert. Eine Studie über sozial benachteiligte Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, Neuwied.

Thränhardt, D. 1998: Inklusion und Exklusion: Die Italiener in Deutschland, in *R. Alborino/ K. Pölzl (Hg.), Italiener in Deutschland. Teilhabe oder Ausgrenzung*, Freiburg 1998, S. 15-46.

Thränhardt, D. 2000: Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse, in: *D. Thränhardt/ U. Hunger 2000*, S. 15-52.

Thränhardt, D./Hunger, U. (Hg.) (2000): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Münster/ Freiburg.

Thränhardt, D. (2005): Spanische Einwanderer schaffen Bildungskapital: Selbsthilfe-Netzwerke und Integrationserfolge in Europa, in: *Weiss/ Thränhardt 2005*, S. 93-111.

Weiss, K./ Thränhardt, D. 2005: SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg.

Yoo, J.-S. 1996: Koreanische Immigranten in Deutschland. Interessenvertretung und Selbstorganisation, Hamburg.